

Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zwischen der Ständigen Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz des Kreistages und dem Kreisgericht Salzwedel

Von WERNER BREMER,

*Mitglied der Ständigen Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz des Kreistages,
und WILLY KÖSTERS, Direktor des Kreisgerichts Salzwedel*

Die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie erfordert die Durchsetzung eines neuen Arbeitsstils unserer staatlichen Organe. Bei der Organisierung der Mitarbeit der Bevölkerung auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens obliegt den ständigen Kommissionen der Volksvertretungen eine große Verantwortung. Ausgehend von dieser Erkenntnis, hat sich die Ständige Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz des Kreises Salzwedel davon leiten lassen, durch ihre Arbeit möglichst viele Bürger anzusprechen und auch für eine Mitarbeit bei staatlichen Aufgaben zu gewinnen. Entsprechend dem Arbeitsplan hat die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Kreisgericht folgendes getan:

Im September 1959 wurde eine Aussprache zwischen den leitenden Funktionären der Justizorgane, der Volkspolizei, des Arbeitsgerichts und des sozialistischen Handels durchgeführt. Schwerpunkt der Aussprache war die Aufdeckung der Ursachen der Inventur-Fehlbeträge, wobei auch die Erfahrungen aus den Prozessen vor dem Bezirksgericht ausgewertet wurden, sowie Fragen der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen den Handelsorganen und dem Staatsapparat. Die Aussprache diente der Klärung vieler strittiger Punkte, die sich insbesondere aus Verhandlungen vor dem Kreisgericht ergeben hatten. So konnten beispielsweise Fragen der kollektiven Haftung im Handel mit Hilfe der Ständigen Kommission geklärt werden.

Ende November 1959 wurde am Kreisgericht eine Strafverhandlung gegen die ehemalige Oberbuchhalterin einer BHG, die nebenamtlich außerdem Buchhalterin einer LPG war, durchgeführt. Die Ständige Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz nahm dieses Verfahren nach Rücksprache mit dem Kreisgericht zum Anlaß, alle Buchhalter der LPGs im Kreisgebiet und einen großen Teil der Vorsitzenden der Revisionskommissionen der LPGs zur Verhandlung einzuladen. Nach der Hauptverhandlung wurde in einem Forum zu Fragen des Verfahrens und der Tätigkeit des Buchhalters und der Revisionskommissionen in den LPGs Stellung genommen. Zu dieser Aussprache waren Mitarbeiter der Deutschen Versicherungs-Anstalt, der Deutschen Bauernbank, der Abteilung Landwirtschaft des Rates des Kreises sowie die Instruktoren der MTS-Bereiche eingeladen worden.

Einige Zeit nach dieser Aussprache überprüfte die Ständige Kommission in einigen LPGs die Wirkung dieser Methode politischer Massenarbeit. Fast überall konnte festgestellt werden, daß die Buchhalter im Vorstand ihrer LPG über die behandelten Fragen berichtet oder sie in Vollversammlungen zur Diskussion gestellt hatten.

Die Unterstützung der Arbeit der Revisionskommissionen in den einzelnen LPGs wird von der Ständigen Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz auch weiterhin als ein Schwerpunkt betrachtet. Dem Rat des Kreises wurde vorgeschlagen, in den Stützpunkten im Winterhalbjahr eine Schulung der Revisionskommissionsmitglieder durchzuführen. Das ist u. a. auch deshalb erforderlich, weil die Revisionskommissionen der finanziellen Seite der Entwicklung der LPG in ihrer Arbeit bisher zu wenig Beachtung geschenkt haben.

Als ein weiterer Schwerpunkt hatte sich im Kreisgebiet die Gefährdung der Sicherheit im Straßenverkehr herausgebildet. Auf Grund von Beratungen innerhalb der Kommission wurde das Strafverfahren gegen P. wegen Verkehrsunfallflucht und Fahren unter erheblicher Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit von der Verkehrsstrafkammer Magdeburg zur Bearbeitung an das Kreisgericht Salzwedel abgegeben. Das war notwendig, weil die Verhandlungen über solche Strafsachen vor der Verkehrsstrafkammer in Magdeburg in ihrer eigentlichen Bedeutung bisher zum Teil untergegangen und ohne Wirkung auf die Verkehrsteilnehmer des Kreisgebietes geblieben waren.

Die Ständige Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz schlug der Kommission für Verkehr des Kreistags ein gemeinsames Forum mit Kraftfahrern vor. Das Zusammenwirken mit Vertretern der DVA, der Straßenbaubehörde, dem Referat Verkehr und der Volkspolizei ermöglichte, daß der Prozeß vor etwa 90 Kraftfahrern aus dem Kreisgebiet stattfinden konnte. Aus allen Betrieben waren Kollegen aus den Kraftfahrerkollektiven geladen worden und auch erschienen. Im Anschluß an die Verhandlung wurde das Verfahren sehr eingehend ausgewertet, und es wurden Maßnahmen zur Senkung der Unfallziffern beraten.

U. a. wurde vorgeschlagen, die Prämierung der Kraftfahrer für unfallfreies Fahren wieder einzuführen. Der Volkspolizei wurde empfohlen, an Sonntagen Erziehungsstunden für Verkehrsverletzer abzuhalten. Das Gericht erhielt den Hinweis, alle Urteile wegen Verkehrsvergehen in den entsprechenden Kraftfahrerkollektiven auszuwerten.

Die Kommission für Verkehr hat jetzt insbesondere die Aufgabe, die Bildung von Verkehrsaktiven zu unterstützen.

In der ersten Sitzung des Kreistags im neuen Jahr standen Jugendfragen auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten, darunter auch die Mitglieder der Ständigen Kommission für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz, brachten sehr lebhaft ihre Meinung zum Ausdruck und wiesen darauf hin, daß längst nicht alle Maßnahmen zur Förderung und zum Schutze der Jugend ergriffen worden sind. Es sei unbedingt erforderlich, stärker als bisher auf die Eltern und Erwachsenen einzuwirken.

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Gaststätten im Kreisgebiet dabei teilweise noch eine negative Rolle spielen. Aus dieser Erkenntnis heraus bereitet die Ständige Kommission in Zusammenarbeit mit dem Kreisgericht eine Aussprache mit allen Gaststättenleitern und anderen Verantwortlichen des sozialistischen und privaten Bereichs vor. Diese Aussprache wird sich u. a. mit dem Ausschank von Alkohol an Jugendliche und an Kraftfahrer befassen. In einer vorbereitenden Aussprache wurde festgelegt, daß der Kreisgerichtsdirektor das Referat hält, welches unter der Mitarbeit aller beteiligten staatlichen Institutionen gearbeitet wird. Ziel dieses Forums wird es sein, die Gaststättenleiter für die Gestaltung eines kulturvollen Gaststättenlebens zu gewinnen.